



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/12 - 14. 1. 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Nach dem SPD-Kongress	S. 1
Wettlauf um westdeutsche Rüstungsaufträge	S. 3
Schleswig-Holstein und ehemalige NS-Größen	S. 5
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Das Signal von Köln

sp. Das, was an Überlegungen und Forderungen auf dem sozialdemokratischen Kongress in Köln am Sonnabend und Sonntag der breitesten Öffentlichkeit vorgelegt worden ist, wird für lange Zeit die politische Diskussion in Deutschland massgebend bestimmen und kann des Interesses aller Nachdenklichen sicher sein. Die Fülle der praktischen Vorschläge wird dazu zwingen, dass man sich mit ihnen auseinandersetzt, wenn von der Neuordnung Deutschlands die Rede ist.

Wird davon die Rede sein? Nach dem Willen der Mehrheit derer, die heute in der Bundesrepublik politisch und gesellschaftlich den Ton angeben, wohl kaum. Weshalb? Ihre bevorzugte Position scheint gesichert, nicht zuletzt auf der Grundlage der Hoffnung, die Menschen würden auch heute noch, wie vor einigen Jahren, im vergleichenden Blick auf das vor zehn Jahren überstandene grosse Elend in jedem Fall mit ihrem Schicksal zufrieden sein, sie würden sich mit dem Zustand auch einer immer krasser werdenden Ungerechtigkeit abfinden, der heute die wirtschaftliche und soziale Situation kennzeichnet. Aber die moderne Zeit mit ihrem rasanten Entwicklungstempo wird diese Beharrungstendenzen gegen jeden Widerstand überwinden. Was soll geschehen?

Zunächst geht es um die Millionen Menschen in drückender Armut und ständiger Zukunftsangst, Aitgewordene, Rentner, Kriegsoffer,

Hinterbliebene und die Hiesengruppe Notleidender schlechthin. Ihnen ist bisher gänzlich unzureichend geholfen worden, sie sind, grob gesagt, lange Jahre hindurch hinters Licht geführt worden. Nur eines von vielen Beispielen zum Beweise dafür, die Prof. Schellenberg brachte: Am 24. März 1955 erklärte der Bundesarbeitsminister Storch im Rundfunk: "Wir können hinsichtlich des Gelingens der Sozialreform besondere und berechnete Zuversicht haben." In Wirklichkeit hatte zwei Tage vorher (!) das Bundeskabinett festgestellt, dass noch keinerlei Übereinstimmung auch nur in den Grundsätzen dieser Sozialreform besteht. Das freilich wurde der Öffentlichkeit erst jetzt auf Grund einer internen Stellungnahme des Bundesfinanzministers bekannt ...

Auf der anderen Seite steht das Meer der Beschäftigten, Arbeiter und Angestellten zumeist, heute oft unworden. Diese Millionen beginnen den Widerspruch zwischen dem hohen Wert ihrer Person als Arbeitskraft und dem Grad ihrer Abhängigkeit, wenn es einmal anders kommen sollte, sowie der Dürftigkeit ihrer Stellung in der heutigen Gesellschaft zu begreifen. Sie werden selbstbewusst. Sie verlangen immer nachdrücklicher nach einer Ordnung, die "frei ist von totalitärem Zwang und von Unterdrückung, die aber auch frei ist von dem Versuch, im Rahmen des Kampfes gegen den Bolschewismus den restaurativen und reaktionären Kräften von gestern zu einem neuen Triumph zu verhelfen." So hieß es in Köln.

Dies Verlangen und diese Sehnsucht stehen heute auf festem Grund. Die Industrialisierung in ihrem gegenwärtigen und mehr noch in ihrem zukünftigen Stand der friedlichen Auswertung der Atomenergie und des Automatismus hat die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft so sehr gesteigert und wird sie immer weiter erhöhen, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die unmittelbaren Voraussetzungen für eine Abstellung von Armut und Elend gegeben sind. Diese Chance muss genutzt werden. Wie Ollenhauer in Köln es ausgedrückt hat: "Die Verwirklichung einer Politik der wirtschaftlichen und sozialer Sicherheit für alle Menschen.

ist heute wirtschaftlich möglich und politisch notwendig." Das ist als Erkenntnis und Forderung der Kern dessen, worauf es ankommt.

Freilich muss der Wille zu einer solchen Politik hinzukommen. Ihn, wo er fehlt, ins Leben zu rufen, ihn wachzukalten und ihn zu praktizieren, wenn ihr die Möglichkeit dazu gegeben wird, ist die grosse Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Köln brachte eine Fülle von praktischen Feststellungen, wie sie das zu tun gedenkt.

Die neue Emanzipation bliebe aber unvollständig, ja unerreichbar, wenn damit nicht die Festigung der demokratischen Freiheiten aufs engste verbunden würde. Zum neuen Jahre hatte auch Bundestagspräsident Gerstenmaier gerade diese Forderung als besonders dringlich erhoben. Hätte er als führendes Mitglied der stärksten Regierungspartei das getan, wenn die oft gehörte Behauptung stimmt, alles sei in dieser Hinsicht in schönster Ordnung und jede Befürchtung unnötig? Dr. Arndt bewies in Köln, dass das Gegenteil richtig ist.

Schliesslich: Auf dem Kongress wurden die beherrschenden innenpolitischen Fragen behandelt. Aber es wäre gänzlich abwegig, darin einen Verzicht auf aussenpolitische Aktivität zu sehen. Die Verbindung zwischen beiden Bereichen lässt sich nicht übersehen und ist unlöslich: "Alles, was wir in der Bundesrepublik für eine Neuordnung von Staat und Gesellschaft unternehmen und fördern, geschieht immer mit dem Blick auf Gesamtdeutschland", unterstrich der Vorsitzende der Partei mit grosser Ernst.

Vor uns liegt ein politischer Zeitabschnitt von ungewöhnlichem Spannungsgehalt. Eine neue Zeit pocht mit unabweisbaren Forderungen ans Tor. Niemand wird sich damit begnügen können, den Riegel vorzuschieten und der Zukunft den Eintritt zu verwehren.

Italien sucht deutsche Rüstungsaufträge

Uns ging von unserem P.E.-Korrespondenten aus Rom folgende Information zu:

Ämtliche wie private Stellen Italiens unternehmen bereits seit längerer Zeit bemerkenswerte Anstrengungen, um der italienischen Industrie einen möglichst hohen Anteil an der Ausrüstung der neuen westdeutschen Armee zu sichern. Erst kürzlich hat sich eine Mission von hohen Beamten unter der Leitung des Generaldirektors im italienischen Industrieministerium Ranzi nach Bonn begeben, um dort Verhandlungen mit dem bundesdeutschen Verteidigungsministerium zu führen. Ausser dieser Mission hielten sich in letzter Zeit auch mehrfach massgebliche Vertreter der in Betracht kommenden italienischen Firmen in Bonn und in Frankreich auf. Man hat ferner nicht verfehlt, dem deutschen Wirtschaftsminister Erhard anlässlich seines jüngsten Italien-Besuchs eindringlich zuzusetzen und hat versucht, ihn durch den Augenschein von der Leistungsfähigkeit der italienischen einschlägigen Betriebe zu überzeugen und so eine Unterstützung für die Pläne und Absichten der Rüstungsindustrie zu gewinnen.

Man will italienischerseits wissen, dass alle diese Bemühungen nicht ohne positives Ergebnis geblieben sind. So soll sich Minister Blank nach eingehender Prüfung aller ihm vorliegenden Angebote dahin entschieden haben, für die Ausbildung der neuen Wehrmachtspiloten eine Anzahl von Maschinen des Modells "P-149" zu erwerben, die in den Piaggio-Werken in der Toskana erzeugt werden. Gerade diese Maschine soll sich nämlich für Ausbildungszwecke besonders gut eignen.

Allerdings befürchtet man in Rom, dass die Bundesrepublik bis auf weiteres nur eine sehr beschränkte Anzahl dieser Maschinen (man spricht von dreissig) tatsächlich fertig von den Piaggio-Werken beziehen wird, während die "P-149" späterhin nach italienischer Lizenz in deutschen Fabriken gebaut oder doch wenigstens montiert werden soll. Auch scheint man deutscherseits die "P-149" nur für die Grundausbildung der Piloten heranziehen zu wollen, während für die Spezialausbildung offenbar bereits deutsche Zusagen an französische und amerikanische Fabriken vorliegen, auf Grund deren Bonn eine grössere Anzahl von Maschinen der Typen "Fouga Magister" und "F-86" bestellen wird.

Nicht nur die Piaggio-Werke (die Erzeuger der weltbekannten "Vespa"-Roller), sondern auch die Fiat-Werke haben in jüngster Zeit versucht, mit der Bundesrepublik ins Geschäft zu kommen. Die Flugzeugfabrik von

Fiat erzeugt eine Reihe von Düsenjäger-Modellen für die italienische Luftwaffe und führte eine solche Maschine vom Typ "G-83" den deutschen Fachleuten in Frankfurt vor. Einstweilen aber scheint die Bundesrepublik die Frage der Erwerbung von Jagdflugzeugen bis zur vollendeten Ausbildung des erforderlichen Personals zurückgestellt zu haben. Die Fiat-Werke gedenken daher zu einem späteren Zeitpunkt ihre Verkaufsoffensive mit ihren allermodernsten Düsenjäger-Modellen wieder aufzunehmen.

Auch italienische Schiffswerften sind an die Bundesrepublik mit Offerten herangetreten, mit dem einstweiligen Ergebnis, dass Bonn dem Vernehmen nach beabsichtigt, einige Korvetten zur Unterseeboot-Bekämpfung in Italien in Auftrag zu geben.

Am weitesten scheinen die Verhandlungen zwischen der bekannten italienischen Munitionsfabrik Borbrini-Parodi-Delfino in Colleferro bei Rom und dem Bonner Wehrministerium gediehen zu sein. Man hofft italienischerseits, dass es infolge günstiger Offerte dahin kommen wird, dass die Bundesrepublik einen erheblichen Teil ihrer in nächster Zeit benötigten Mengen an Munition für Handfeuerwaffen nach Colleferro vergeben wird. Dies ungeachtet der Konkurrenz, die besonders von Seiten Belgiens sehr scharf ist, wo sowohl die "Poudreries Reunies de Belgique" als auch die "F.N.A." in Lüttich sich um deutsche Aufträge bewerben.

Unter den italienischen Betrieben, die auf deutsche Rüstungsaufträge rechnen, ist ferner die Firma "Galileo" in Florenz zu nennen, die seit einer Reihe von Jahren optische Präzisionsinstrumente für zivile wie für militärische Zwecke erzeugt und sich auf diesem Gebiet einen angesehenen internationalen Namen gemacht hat.

Schliesslich glauben einige oberitalienische Textilwerke begründete Hoffnung auf Lieferungsaufträge aus Deutschland zu haben. Es handelt sich hierbei sowohl um Stoffe für bestimmte Uniformstücke, wie auch um Zeltbahnen, die die Italiener in besserer Qualität und preislich günstiger liefern zu können glauben als die einschlägigen deutschen Fabriken. Freilich hat <sup>sich</sup> gerade auf diesem Gebiet, wie man in Italien mit einigen Missbehagen feststellen musste, bereits eine energische Verkaufsoffensive französischer und englischer Textilindustrieller entwickelt, der gegenüber es den Italienern nicht leicht fallen wird, sich durchzusetzen.

"Tummelplatz der ewig Gestrigen"

mu Kiel

In Schleswig-Holstein wartet man gespannt auf eine Reihe von Entscheidungen über Männer, deren "grosse Zeit" im Dritten Reich war. Es sind Entscheidungen, die mit dazu beitragen können, von Schleswig-Holstein den Ruf zu nehmen, es sei ein "Tummelplatz der ewig Gestrigen."

Das Pensionsamt der Landesregierung in Kiel muss dem ehemaligen Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Dr. Ernst Lautz, seit dem 1. Dezember monatlich 1.542.-- DM an Ruhestandsbezüge auszahlen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung in einer kleinen Anfrage wissen lassen, dass der in Lübeck wohnende Lautz als Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Chef dieser Anklagebehörde war, so dass er die persönliche und oberste Verantwortung für sämtliche Anklagen trägt, die vor dem Volksgerichtshof erhoben wurden. Hier wurden mehrfach Todesurteile, die als nationalsozialistisches Unrecht erwiesen sind, vollstreckt. Wann wird nun die schleswig-holsteinische Landesregierung bekanntgeben, dass ihr seit Jahren laufendes Prüfungsverfahren zu dem Ergebnis gekommen ist: "Die Pensionszahlungen an Lautz sind unrechtmässig und viel zu hoch." Das Bundesinnenministerium hat inzwischen erklärt, es beabsichtige "in Kürze" ein Disziplinarverfahren gegen Lautz einzuleiten, um zu klären, ob die Voraussetzungen für eine Aberkennung der Versorgungsrechte gegeben sind.

Auf Drängen der SPD-Opposition im Kieler Landtag verbot Justizminister Dr. Lewerenz (ZDP) seinerzeit eine Reihe von Versammlungen, die von der "Vereinigung der ehemaligen Internierten und Entnazifizierungsgeschädigten" einberufen worden waren und auf deren der bekannte NS-Schriftsteller Dr. Grimm sprechen sollte. Das Verbot erfolgte, nachdem Grimm in zwei ersten Kundgebungen eindeutig nazistisches Gedankengut über die Euthanasie verbreitet hatte. Inzwischen haben die örtlichen Vereinigungen gegen das Verbot Klage beim Landesverwaltungsgericht erhoben. Wann wird hier wohl entschieden und wie wird das Urteil aussehen?

Der NS-Polizeipräsident von Lübeck, der ehemalige SS-Oberführer Schroeder, erhält eine Monatspension von über tausend DM, obwohl es sich bei ihm durchaus um einen "Nutznieser des NS-Regimes" handelt. Jetzt hat er die Stadt Lübeck verklagt und möchte 60 000 DM Entschädigung dafür

haben, dass man ihn nach 1945 aus seiner Dienstwohnung wies. Auf Grund des Reichsleistungsgesetzes verlangt Schroeder, der während des Krieges oberster SS-Führer in Lettland wurde, für ehemaliges Inventar seiner Dienstvilla Schadensersatz. Er beruft sich dabei auf den erfolgreichen Prozess des NS-Polizeirates Anton, dem Lübeck in ähnlicher Angelegenheit 18 000 DM zahlen musste. - Auch hier ist die Öffentlichkeit natürlich hellhörig und wartet einmal auf den Ausgang des Zivilprozesses und zum anderen auf die Haltung der Lübecker Bürgerschaft, welche noch im Januar zu dieser eigenartigen "Wiedergutmachung" Stellung nehmen will.

Der ehemalige SS-Brigadeführer Prof. Glauberg, der im Oktober aus russischer Gefangenschaft zurückkehrte, befindet sich noch immer in Untersuchungshaft in Neustadt. Die Überprüfung seines Geisteszustandes ist noch nicht abgeschlossen; aber die Ermittlungen über die Verbrechen, die er in den Jahren 1942 bis 1944 im Konzentrationslager Auschwitz an Jüdinnen in Form unzulässiger und gesundheitsschädigender Sterilisierungen unternommen haben soll, laufen weiter. Die Staatsanwaltschaft kann nur noch Fälle schwerer Körperverletzung nachprüfen, weil alles andere verjährt ist. Das Auffinden von Zeugen gestaltet sich sehr schwierig. Wann wird Glauberg wegen seiner Verbrechen vor der Strafkammer in Kiel Rede und Antwort stehen müssen?

Nur in einem Fall braucht niemand mehr auf eine Entscheidung zu warten. Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Klage des ehemaligen NS-Gauleiters von Schleswig-Holstein, Lohse, abgewiesen. Lohse wollte die volle Höhe seines Ruhegehaltes wiederbekommen und klagte gegen die rechtskräftig gewordene Spruchentscheidung des Entnazifizierungsausschusses des Landes, wonach Lohse in die Gruppe der Belasteten eingestuft und ihm ein Ruhegehalt von 25 Prozent der vollen Bezüge zugbilligt wurde. Er bekommt dennoch immerhin fast 400.-- DM im Monat.

+ + +

Kommuniqué des Parteivorstandes

Am Vorabend des Kölner Kongresses der SPD beschäftigte sich der Vorstand der Partei mit einer Reihe aktueller politischer Fragen.

Die wichtigste betraf die Gefahren, die sich aus dem von der CDU vorgelegten Wahlgesetz, dem sogenannten Graben-System, für die freiheitliche Demokratie ergeben. Der Vorstand war sich in der Auffassung einig, dass alles getan werden muss, dieses Vorhaben der CDU unwirksam zu machen, das lediglich darauf hinausläuft, ihr selbst für weitere vier Jahre und möglicherweise für einen noch längeren Zeitraum die absolute Vormachtstellung gegenüber allen anderen Parteien zu sichern. Die Sozialdemokratie wird alle Möglichkeiten unterstützen, die gegeben sind, um auf den verschiedenen Ebenen der Gesetzgebung ein solches Gesetz zu Fall zu bringen.

Ausserdem wurde die Situation im Saargebiet nach der Bildung der dortigen Regierung aus Vertretern der Parteien des Heimatbundes besprochen.

Der Parteivorstand billigte die Teilnahme des Vorsitzenden Erich Ollenhauer und des Vorstandesmitgliedes Herbert Wehner an der ersten Tagung des "Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa", die am 17. und 18. Januar in Paris stattfindet und sich mit den Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Atomverwertung befassen wird.

+ + +